

Presseinformation



Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 237.21 / 06.07.2021

Beide Standorte der imland Klinik werden gebraucht

Zur Diskussion um die von KPMG vorgestellten Szenarien für die imland-Kliniken Rendsburg und Eckernförde sagt die gesundheitspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion von Bündnis 9/Die Grünen, **Marret Bohn**:

„So kann es nicht weitergehen. Wir brauchen beide Standorte der imland Klinik – Rendsburg und Eckernförde. Die Krankenhausfinanzierung muss endlich überarbeitet werden. Wir Grüne haben dazu schon vor einiger Zeit einen konkreten Vorschlag auf den Tisch gelegt, den ich für uns erarbeitet habe. Alle Abteilungen brauchen eine Grundfinanzierung, die unabhängig von der Anzahl der behandelten Patient*innen das Personal finanziert.“

Die aktuelle Situation ist eine Zumutung für alle Beteiligten, besonders für Patient*innen und das Personal. Dass die Bundesregierung Krankenhäuser in der Corona-Pandemie in Gebieten mit niedrigen Fallzahlen benachteiligt, ist extrem ungerecht. Ich erwarte, dass hier umgehend nachgebessert wird.

Aber auch die Landesregierung ist gefragt. Ich werde Kontakt mit dem Gesundheitsministerium aufnehmen. Außerdem bin ich sehr optimistisch, dass auch unser Ministerpräsident eine Lösung unterstützen wird.“

Der wirtschaftspolitische Sprecher der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, **Joschka Knuth**, ergänzt:

„Der Standort Eckernförde der imland-Klinik ist mit seinem Angebot und seinen über 500 Beschäftigten für die Stadt und die Region von unverzichtbarer Bedeutung. Es erfüllt mich mit großer Sorge, dass nicht zuletzt die finanziellen Folgen der Corona-Pandemie dazu führen, dass wir erneut über eine Schließung des Standortes diskutieren müssen. Wir werden in den kommenden Wochen und Monaten alles daran setzen, eine tragfähige Zukunft für den Standort zu entwickeln. Das Gutachten und die vorgestellten Varianten

machen deutlich, dass es eine Zukunft für den Standort Eckernförde nur mit der Variante 1 geben wird.

Selbstverständlich ist es Aufgabe des Bundes, die durch die Pandemie entstandenen Finanzlücken zu schließen. Für die langfristige Perspektive braucht es unbedingt zusätzliche Finanzmittel. Hierzu müssen Land und Kreis kurzfristig in Gespräche einsteigen und eine für alle Seiten tragfähige Lösung erarbeiten. Ich werde auch auf die Landesregierung zugehen und um Unterstützung werben. Die Landesregierung hat starke Vertreter*innen aus der Region in ihren Reihen. Sie sind jetzt gefragt, sich ebenfalls für die Zukunft des Standortes Eckernförde einzusetzen.

Die Bürger*innen in Eckernförde und in der Region müssen weiterhin eine gute und umfangreiche Gesundheitsversorgung am Standort Eckernförde erhalten können. Dazu gehört selbstverständlich auch in Zukunft die Geburtsstation.“
